

Rede

der Sprecherin für Justizvollzug und Straffälligenhilfe

Wiebke Osigus, MdL

zu TOP Nr. 10

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD – Drs. 18/852

während der Plenarsitzung vom 16.05.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

ich kann es kurz machen.

Was haben Sie am 19. April 2018 in der Zeit von 13.40 Uhr bis 14.13 Uhr gemacht? Um jetzt ein hektisches Suchen in den Kalendern zu vermeiden, nehme ich das Ergebnis mal vorweg – der Großteil von Ihnen war hier im Plenarsaal, und obwohl ich es von der Fraktion der AfD nicht sicher weiß, wäre mir die komplette Abwesenheit sicher aufgefallen. Also unterstelle ich es mal, Herr Emden war jedenfalls hier.

Zu diesem Zeitpunkt wurde nämlich unter seiner Beteiligung ein Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und CDU mit dem Titel „Qualität steigern, Sicherheit erhöhen – Anzahl der Ausführungen Sicherungsverwahrter überprüfen“ beraten. Dieser endete mit einer einstimmigen Ausschussüberweisung, federführend der AfRuV, mitberatend der Unterausschuss Justizvollzug und Straffälligenhilfe. Es findet die Beratung im Ausschuss statt, gemeinsam mit dem Ministerium zu genau diesem Thema. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist quasi fertig.

Liebe Fraktion der AfD, es ist zeitraubend und überflüssig, was Sie hier heute vorgelegt haben!

Sie sind sowohl im Rechtsausschuss als auch im Unterausschuss vertreten. Sie wissen um den Stand der Dinge und die laufenden Prozesse. Letztlich wäre es sogar möglich gewesen, sich dort entsprechend einzubringen, statt hier im Plenum auf Wiederholungen zu spielen. Es haben sich auch seit dem letzten Plenum keine gravierenden Ereignisse zugetragen, die jetzt eine sofortige gesetzliche Veränderung notwendig lassen würden.

Das Einzige, was sich an Ihrem heutigen Antrag wohl ablesen lässt, ist Ihr Abstimmungsverhalten zu dem entsprechenden Vorhaben von SPD und CDU. Aber sei es drum – wir haben es mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Unsere inhaltliche Position hat der Abgeordnete Ulf Prange im letzten Plenum umfassend dargestellt. Diese ist selbstverständlich unverändert.

Meine Damen und Herren,

die Fraktion der SPD ist jederzeit bereit, Anliegen jeder demokratischen Fraktion aufzunehmen und sich in den politischen Prozessen engagiert einzubringen. Wir sind aufgeschlossen und guten Anregungen zugeneigt. Wir sind allerdings nicht bereit, unseren eigenen Antrag mit kleineren Abweichungen und einer anderen Unterschrift als neue Erkenntnis zu behandeln und lassen uns auch damit auch nicht länger als erforderlich beschäftigen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.